

Unterstützung von Mädchen und Frauen in Frankreich

Eindrücke von einer Paris-Studienreise der IGfH-Fachgruppe Mädchen und Frauen

Die Fachgruppe Mädchen und Frauen der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen beschäftigt sich seit mehr als 20 Jahren mit den Themen Armut, Ausgrenzung und Gewalt an Mädchen und Frauen und den spezifischen Themen von Mädchen in Erziehungshilfen. Es wurden Fachtagungen, internationale Kongresse, Expertinnengespräche organisiert, in Fachzeitschriften Beiträge veröffentlicht und Bücher herausgegeben. Es war bald klar, dass der Horizont über die nationale Ebene hinaus zu erweitern war. So wurden Seminare und Studienreisen in verschiedenen europäischen Ländern organisiert, um für die Reflexion der Arbeitsansätze in Deutschland neue Impulse bekommen. In diesem Jahr hat die Fachgruppe sich entschieden, nach Paris zu fahren, mit der Fragestellung im Kopf, wie in dieser Metropole Frankreichs frauen- und mädchenspezifische Anliegen - insbesondere auch unter den Anforderungen einer in hohem Maße durch Migration geprägten Gesellschaft - aufgenommen werden.

In der Metropole Paris leben 2,2 Mio. Menschen auf einer Fläche von 105 km² - nur ein Achtel so groß wie Berlin. Paris ist damit die am dichtesten besiedelte Hauptstadt Europas. (Einwohner/innenzahlen im Vergleich: London 2,8 Mio., Berlin 3,4 Mio., München 1,3 Mio.). Die Vororte – „Banlieues“ – säumen in zwei konzentrischen Kreisen die Stadt. Den inneren Ring bilden die Departments Hauts-de-Seine, Val-de-Marne und Seine-Saint-Denis. Vier weitere ländlich geprägte Departments bilden den äußeren Ring. Zusammen bilden die 8 Departments die *Region Ile-de-France* mit 12.012 km² Fläche und 1.694.000 Mio. Einwohner/innen (Jan. 2008). In Paris, seit Jahrhunderten eine Einwandererstadt, beträgt der Anteil ausländischer Mitbürger/innen 18 %. Über 50 % der insgesamt 3,4 Mio. ausländischen Mitbürger/innen in Frankreich leben in der Ile-de-France, ca. 30 % davon sind Nordafrikaner/innen, 15 % Portugies/innen und 7 % Schwarzafrikaner/innen; die meisten leben in Seine-Saint-Denis und Clichy. Paris gilt als wichtige kulturelle Drehscheibe Schwarzafrikas.

Vor diesem – in den Zahlen nur anzudeutenden – Hintergrund fand vom 14. bis 18. September 2009 unsere Studienreise der IGfH-Fachgruppe Mädchen und Frauen nach Paris statt, an der 8 Frauen teilnahmen. Ausgestattet mit Tasche, Kamera, Programm, Regenjacke, Stadtplan, Notizheft, festem Schuhwerk, Metrokarte und den obligatorischen „German Kleinigkeiten“ als Mitbringsel nahmen wir es mit dem rasend hohen Lebenstempo in Paris auf. Besuche in den geplanten Institutionen, Mittagsbesprechungen in kleinen, immer übervollen Braisseries, in denen die meisten Franzosen mittags neben Café eine Kleinigkeit – oft asiatisch – essen, und ein – bei aller Terminfülle noch ansehnliches – kulturelles Programm prägten die nur so dahinsausenden nächsten vier Tage.

Der Besuch in Frankreich begann mit einer Fachdiskussion in der deutschen Botschaft. Hier standen zunächst die Reformen der neuen Regierung in Frankreich seit 2007 im Vordergrund des Berichtes der deutschen Botschaft in Paris, in der wir an unserem ersten Nachmittag von zwei Fachreferenten für Sozialpolitik freundlich empfangen wurden. Mit einer Fülle innenpolitischer Vorhaben hat sich die Regierung Sarkozy zum Ziel gesetzt, das Vertrauen der französischen Bevölkerung in die Kompetenz der Regierung zurückzugewinnen. Öffentlichkeitswirksame Ziele wie die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten sowie ein härteres Vorgehen gegen

Kriminalität wurden mit hoher Priorität auf die politische Agenda gesetzt. Insbesondere die Bekämpfung der Jugendkriminalität wurde mit Ausrufezeichen versehen, nachdem es im Jahr 2005 zu heftigen Konflikten zwischen der Polizei und Jugendlichen in den Banlieues gekommen war, bei deren Zuspitzung zwei Jugendliche einen Unfalltod erlitten hatten. Allein der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit als wesentliche Ursache für den Anstieg der Jugendkriminalität und die Ausschreitungen in den Banlieues wurde im April 2009 ein Maßnahmenpaket mit 57 politischen Vorhaben gewidmet.

Die Hauptziele der Familienpolitik richten sich hingegen auf die Bevölkerungspolitik, d.h. die Bewältigung des demografischen Wandels, in zweiter Linie auf das Wohl der Kinder und an dritter Stelle auf die Arbeitsmarktpolitik u.a. darauf, die Erwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern zu erhöhen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Viele der zahlreichen Vorhaben wurden parallel und mit extrem kurzen Vorlaufzeiten in Gang gesetzt – so erfuhren wir mit leicht ironischem Unterton –, dass die Erfolge allerdings in den Augen der Öffentlichkeit Frankreichs deutlich hinter den geweckten Erwartungen zurückblieben.

Für Jugendliche wurde inzwischen in Frankreich erreicht, dass sie eine Jugendarbeitslosenunterstützung erhalten können. Firmen, die Jugendliche mit geringer Qualifikation für ein - nach zwei Monaten entlohntes - Praktikum einstellen, erhalten Zuschüsse, wenn ein Anschlussvertrag ausgestellt wird. Für Jugendliche mit schlechten Vermittlungschancen sind zusätzliche spezielle Eingliederungsverträge für mindestens zwei Jahre eingeführt worden. Das gesetzte Ziel, zusätzliche 50.000 Ausbildungsplätze für Jugendliche ohne Qualifikation zu schaffen sowie 30.000 zusätzliche Ausbildungsverträge in der öffentlichen Verwaltung einzurichten, ist allerdings noch lange nicht erreicht.

Um mehr Frauen (insbesondere Frauen mit zwei Kindern) eine Berufstätigkeit zu ermöglichen, werden seit 2006 mit dem „Plan petite enfance“ jährlich 12.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen und die Zahl der Tagesmütter um 60.000 per anno erhöht. Für die Zukunft ist die Verwirklichung eines Rechtsanspruches auf einen kostenlosen und ganztägigen Betreuungsplatz für Kinder ab 3 Jahren geplant: Bis 2012 soll ein einklagbares Recht auf Kinderbetreuung (aller Art) geschaffen werden.

Andererseits wird immer wieder – aus Haushaltsgründen – an Kürzungen der Leistungen gedacht, etwa an Reduzierungen der Leistungen beim ersten und zweiten Kind; auch Umstellungen auf Zuschüsse zur Kinderbetreuung an Stelle (teurer) Kinderkrippen sind im Gespräch.

Nicht ohne Stolz – nicht nur in der Botschaft, sondern auch bei unseren Besuchen – wird auf die hohe Geburtenquote von 2,2 Kindern hingewiesen, mit der Frankreich die Liste der westeuropäischen Nationen anführt, was zusammen betrachtet mit einer Erwerbstätigkeit von Frauen mit zwei Kindern von 80% (im Vergleich: Deutschland 60 %) ¹ stark beeindruckt. Mit ausschlaggebend für die hohe Geburtenquote ist sicherlich das ausgeprägte staatliche Bildungs- und Betreuungssystem in Frankreich für Kinder und Jugendliche vom zweiten bzw. dritten bis zum 18. Lebensjahr.

¹ Die allgemeinen Erwerbsquoten für Frauen (2005: Fr. 56 %, D. 58 %) sind hier wenig aussagekräftig, da hohe Jugendarbeitslosigkeit und frühe Pensionierung in Frankreich sowie ein hoher Anteil von Teilzeitbeschäftigungen in darin enthalten sind.

Schulen in Frankreich sind grundsätzlich Ganztagschulen. Der Unterricht beginnt um 8.00 Uhr und endet um 17.30 Uhr. Vor- und Grundschulen bieten zudem noch anschließende Betreuungsmöglichkeiten. Allen Kindern wird ein Kantinenessen angeboten, das für Kinder aus kinderreichen Familien kostenfrei ist. Die Schulbetreuung beginnt im Alter von zweieinhalb bis drei Jahren mit der *École maternelle*, die von 90 % der drei- bis sechsjährigen Kinder in Frankreich besucht wird. Die *École maternelle* ist eine Einrichtung mit Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsfunktion, die nach einem nach nationalen Richtlinien des Bildungsministeriums festgelegtem Curriculum arbeitet, wodurch sie als vorbereitende Einrichtung für die Grundschule (*école élémentaire*) gilt.

Die früh einsetzende Betreuung in stark vereinheitlichten Institutionen des Bildungswesens mit streng festgelegten Curricula für alle Schulformen macht deutlich, was auch bei unseren Besuchen immer wieder anklang: Die Bildungsinstitutionen in Frankreich sind umfassend auf die Kinder als künftige französische Staatsbürger/innen ausgerichtet, der individuellen Betreuung in der Familie wird demgegenüber eher weniger Bedeutung beigemessen. Auch ein Teil der Gesundheitsfürsorge wird in Frankreich über die Schulen geregelt. Schulen sind obligatorisch mit Schulkrankenschwestern ausgestattet, die – wie wir es später bei unseren Besuchen in Einrichtungen erfahren – nicht nur bei der Gesundheitsprävention, sondern auch beim Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie bei Fragen der Sexualerziehung und Schwangerschaftsverhütung eine wichtige Funktion haben.

Durch das Gespräch in der Botschaft vorbereitet, besuchten wir an den darauffolgenden Tagen Institutionen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit den Belangen von Mädchen und Frauen in Paris befassen bzw. mit feministischer Sicht für ihre Belange eintreten. Diese wollen wir im Folgenden hier exemplarisch vorstellen:

Mit dem oben schon geklungenen generellen Aspekte der Familienplanung beschäftigt sich beispielsweise das *Mouvement français pour le planning familial* (MFPF).

Beratungsstelle zur Familienplanung *Mouvement français pour le planning familial* (MFPF)

Das MFPF entstand 1956, damals unter dem Namen „Glückliche Mutterschaft“, denn bis Mitte der 1960er Jahre war Familienplanung in Frankreich ein Tabuthema. So wurde erst 1967 Werbung für Verhütungsmittel erlaubt. Im Kampf um das Abtreibungsrecht stand MFPF an vorderster Front und führte auch vor 1975 vor der *Loi Veil* heimlich Schwangerschaftsabbrüche durch. MFPF ist heute mit Einrichtungen im ganzen Land vertreten, bietet Hilfen zum Thema Aufklärung und Verhütung und setzt sich auch über den medizinischen Aspekt hinaus im feministischen Sinne ein für die Gleichstellung der Geschlechter, für das Recht auf freie Sexualitäten, für ein neues Rollenverständnis. Heute zeichnet sich im Umgang mit Sexualität ein eher liberales Verhalten ab. MFPF arbeitet auch an Schulen mit Schulkrankenschwestern zusammen: Mädchen und Jungen im Alter ab 11 Jahren erhalten Sexuaufklärung, werden informiert über Schwangerschaftsverhütung, und es werden auch Fragen wie Gewalt in der Familie thematisiert. Wir erfahren, dass Jugendliche ab 16 Jahren kostenfrei und ohne Elterneinwilligung Verhütungsmittel bei der Schulkrankenschwester erhalten. Auch hier zeigt sich, dass mit den staatlichen Institutionen in wesentlichen Lebensbereichen Kinder und Jugendlichen als eigenständige Personen – abseits ihrer Eltern - angesprochen werden.

Wie schon eingangs in diesem Beitrag angesprochen, ist Paris seit Jahrhunderten eine Einwander/innen-Stadt. Daraus erwachsen auch besondere migrationsbezogene Projekte der

Mädchen- und Frauenarbeit, von denen zwei hier kurz vorgestellt werden sollen, die wir auf der Studienreise kennen gelernt haben:

Verein „*Groupement pour l'abolition des mutilations sexuelles (GAMS)*“ - Arbeit gegen Zwangsverheiratung und Genitalverstümmelung bei Mädchen und jungen Frauen

Versteckt in einem Hinterhof, in dem eher unauffälligen Quartier, dem Maraichers, arbeitet in einem winzigen, spärlich möblierten, fast fensterlosen Apartment der Verein „*Groupement pour l'abolition des mutilations sexuelles*“, GAMS. Der Verein wurde 1982 von afrikanischen Migrantinnen in Paris gegründet, um gegen „schädliche Traditionen“, wie die weibliche sexuelle Verstümmelung und Zwangsverheiratung, vorzugehen.

GAMS in Frankreich bietet Aufklärung, Beratung, juristischen Beistand, der Verein hilft auch im Notfall Zuflucht zu finden und macht politische Lobbyarbeit. Ebenso kümmern sich Mitarbeiterinnen im ganzen Land, Migrantenfamilien direkt anzusprechen und von der barbarischen Sitte abzubringen. Mittels bebildeter Broschüren leistet der Verein Aufklärung über gesundheitliche Risiken und das Verbot von Genitalverstümmelung in Frankreich und versucht Eltern durch Informationen über Fortschritte in der Arbeit gegen Genitalverstümmelung und Einstellungsänderungen in den Herkunftsländern zu überzeugen, von der schädlichen Tradition abzulassen. Die Familien werden in den Institutionen angesprochen, in denen gut Kontakt hergestellt werden kann, wie bspw. im Zentrum für Schwangere und Neugeborene. Solange die Kinder in die regelhaften Gesundheitsuntersuchungen einbezogen sind, haben sie einen gewissen Schutz. Im Jugendlichenalter ist die Gefährdung deutlich höher. GAMS bietet deshalb Aufklärung über Zwangsehen für ganze Schulklassen – zeigt Möglichkeiten der Verhinderung auf, Informationen und Hilfen bieten auch die Schulkrankenschwestern. Bedrohte Mädchen können mit Unterstützung des Vereins von Kinderrichter/innen in Einrichtungen eingewiesen werden, zudem gibt es ein Notaufnahmehaus, in dem die Mädchen für 48 Stunden ohne Regelungen aufgenommen werden können, von dort kann sich dann eine Vermittlung in ein Heim oder Pflegefamilien anschließen.

Der Verein ist nicht nur in Paris tätig. GAMS arbeitet auch eng mit dem 1984 in Dakar gegründeten Comité Interafricain zusammen, das sich auf dem schwarzen Kontinent um entsprechende Aufklärung bemüht. Mittels der direkten Kontakte zum Netzwerk „Afrika“ kann GAMS Vereine in den Herkunftsländern der Migrantinnen mobilisieren, falls eine junge afrikanisch-stämmige Französin im „Heimaturlaub“ von Beschneidung oder Zwangsverheiratung bedroht ist. GAMS arbeitet ebenso mit türkischen und algerischen Migrantinnen-Vereinen zusammen, insgesamt hat sich über ein europäisches Netzwerk Zusammenarbeit mit 28 afrikanischen Ländern entwickelt.

Die Mitarbeiterinnen des Vereins, der mit staatlicher Förderung mit Mitteln aus den Bereichen Frauen, Gesundheit und Migration sowie dem Schutz für Minderjährige arbeitet, gehen davon aus, dass die französische Regierung in weitaus größerem Umfang und mit deutlicher öffentlichkeitswirksamer Positionierung gegen die schädlichen Traditionen vorgehen müsste.

Nachbarschaftsverein für Migrantinnen *Voix d'Elles-Rebelles*

In einer kleinen, unscheinbaren Wohnung im sozialen Wohnungsbau arbeitet die Organisation *Voix d'Elles-Rebelles* in der Banglieue Seine-Saint Denis. Sarah, die der Motor der Organisation ist, empfängt uns strahlend. Eine andere junge Frau, die gerade neu den Part der

Verwaltungskraft in der Geschäftsstelle übernommen hat, hält sich noch schüchtern im Hintergrund. Im Verlauf unseres Besuches erfahren wir ihre Geschichte. Von Zwangsheirat bedroht, konnte sie mit Hilfe von Voix d'Elles-Rebelles in einer Familie im Quartier Zuflucht finden. Inzwischen hat die Familie „sich damit abgefunden“, dass die junge Frau einen eigenständigen Weg gehen wird. Sie ist allerdings vollkommen auf sich selbst gestellt und kann vorübergehend beim Verein angestellt arbeiten. Ein junger Mann, der im Verein mitarbeitet und zufällig vorbeigekommen ist, sitzt am Computer und richtet schließlich für uns zeremoniell marokkanischen Minztee an. Wir sitzen auf alten Sofas und Holzstühlen und probieren Süßigkeiten aus Mandeln, Zucker und Honig und erfahren von Sarah, wie Voix d'Elles-Rebelles arbeitet.

Die Gründung der „Nachbarschaftshilfe für Migrantinnen“ in dem Sozialbaughetto Saint-Denis wurde 1981 mit einer neuen gesetzlichen Regelung möglich, nach der auch Bürger/innen ausländischer Herkunft in Frankreich Vereine gründen können. Der Verein hat 400 Mitglieder, etwa 50 Ehrenamtliche unterstützen die Arbeit. Eine Psychologin mit dem Schwerpunkt *Migration* ist ebenfalls im Verein tätig. Mit bedingt durch den Migrationsstatus wechseln die Mitglieder schnell, es bleibt deshalb wenig Zeit zur Betreuung der Mitglieder. Der Verein betreut Frauen aus 60 verschiedenen Ländern.

Kernstück der Arbeit ist, Frauen mit Migrationshintergrund aus der Isolation zu Hause herauszuholen, ihnen eine gewisse Eigenständigkeit zu ermöglichen. Angeboten werden Alphabetisierungskurse, gemeinsames Kochen, juristischer Beistand, in Gruppen gehen Frauen auf Paris-Erkundung.

Viele Mädchen und Frauen, die von Zwangsverheiratung bedroht sind und aus ihren Familien fliehen, haben aufgrund von Gewaltandrohungen oder -erfahrungen in der Familie ein negatives Selbstbild, berichtet Sarah. Workshops zur Selbstwertstärkung, Gesprächsgruppen zur Bildung eigener Meinung, die Unterstützung der Mädchen, eine eigenständige Position zu fundamentalistischen Gruppen herauszubilden, sind somit weitere Aktivitäten des Vereins.

Kritisch gesehen werden die Aktivitäten der Regierung Sarkozy zur Bekämpfung der Jugendgewalt in den Banlieues, zu denen auch Seine-Saint-Denis gehört. Diese beschränkten sich lediglich auf Baumaßnahmen im sozialen Wohnungsbau. Es würden jedoch kaum soziale Hilfen, die eine Verbesserung der Lebensperspektiven für Jugendliche – insbesondere für Jugendliche mit Migrationshintergrund – ernsthaft erreichen könnten, angeboten.

Dort, wo alle Hilfemöglichkeiten ausgeschöpft sind, wo Konflikte in scheinbar auswegslosen Situationen nicht entschärft werden können, bieten die Mitglieder von *Voix d'Elles-Rebelles* jedenfalls ein „offenes Ohr“ für betroffene Frauen an.

Die Absicherung der Arbeit über Spenden gestaltet sich als „jährlicher Kampf“ und ist überhaupt nur möglich, weil der Verein durch Medienarbeit weit über die Grenzen von Paris hinaus bekannt geworden ist. Zahlreiche Mitglieder hat der Verein gewonnen, nachdem staatliche Notrufe nicht besetzt waren und Ratsuchende von *Voix d'Elles-Rebelles* gehört hatten und dort einen Anlaufpunkt fanden. Dennoch verzichtet die Organisation *Voix d'Elles-Rebelles* bewusst auch auf staatliche Förderung, um ihre politische Unabhängigkeit zu erhalten.

Neben diesen zwei, mit einem migrationsspezifischen Schwerpunkt arbeitenden Einrichtungen diskutierte die deutsche Besuchsgruppe mit Fachkräften und Vereinen, die sich mit Gewalterfahrungen von Frauen und Mädchen beschäftigen und gewann so neue

Einsichten in die französische Soziale Arbeit. Auch hier seien zwei Projekte exemplarisch kurz vorgestellt.

Beobachtungsstelle für Gewalt gegenüber Frauen *Observatoire violences femmes*

Die Beobachtungsstelle *Observatoire violences femmes* wurde vor einigen Jahren von der Verwaltung des Departements Seine-Saint-Denis, im Norden von Paris, aufgebaut. Gestützt auf zwei Grundpfeiler, arbeitet *Observatoire violences femmes* unmittelbar mit jungen Frauen und ihren Angehörigen und fungiert zugleich als öffentliche Multiplikatorin mit Forschung und öffentlichen Aktionen.

Beraten werden Mädchen von 18- 21 Jahren, eine Vielzahl von ihnen hat Gewalterfahrungen erlitten bis hin zu Todesdrohungen. Die Beobachtungsstelle führt über die konkrete Arbeit mit betroffenen Frauen Studien durch und erreicht dadurch Gesetzesänderungen oder die Verfügung richterlicher Schutzmaßnahmen wie bspw. die Unterbringung von Frauen, polizeiliche Schutzangebote, Sozialhilfe und Kinderbetreuung. Eine der aktuell durchgeführten Studien befasst sich mit der Auswirkung von Gewalt gegen Frauen auf die Kinder. Begleitend werden Gesprächsgruppen für die Kinder sowie für von Gewalt betroffene Frauen angeboten.

Ein weiteres Ziel der Beobachtungsstelle ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Wahrnehmung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Mit offensiven öffentlichen Aktionen soll die Tragweite der Gewalt an Mädchen und Frauen gezeigt werden, um die Öffentlichkeit aufzurütteln und politische Mandatsträger zur Anerkennung des Problems zu zwingen. Aus der Beobachtungsstelle wird berichtet, dass in der Zeit von 2004 bis 2008 im Departement Seine-Saint-Denis 24 Frauen getötet worden. Nach jedem Tötungsdelikt an einer Frau wurde ein Schweigemarsch durch das Department organisiert, um die Allgegenwärtigkeit von Gewalt im Alltag und ihre Wirkung auf die Schule, auf den Kindergarten zu zeigen und auf die Konsequenzen für das (Weiter-)Leben der Angehörigen aufmerksam zu machen.

Die Beobachtungsstelle arbeitet partnerschaftlich mit Abteilungen für Jugendschutz zusammen, mit der Justiz, der Polizei, mit Verbänden und Vereinen auch auf Gemeindeebene und ist auch auf internationaler Ebene tätig. *Observatoire violences femmes* beteiligt sich an einer jährlichen internationalen Tagung „Aktion Frauen der Welt.“ Im Jahr 2008 war das Jahresthema *Zwangsheirat* mit 400 Teilnehmerinnen bei der Auftaktveranstaltung. Die Jahrestagungen werden begleitet von stark beteiligungsorientiert durchgeführten Theateraufführungen, Musikveranstaltungen (sog. „Slummusik“) und Kinofilmen.

Verein zur Abschaffung des „prostitutionellen Systems“ *Mouvement du Nid*

Seit 15 Jahren gibt es die *Mouvement du Nid* (übersetzt „Bewegung das Nest“). Der Verein entstand 1937 und wirbt seither für die Abschaffung des „prostitutionellen Systems“ mit Sensibilisierungsaktionen in Schulen, Aufklärungscomics, Debatten zum Thema und politischer Lobbyarbeit. Gleichfalls bietet die Organisation Prostituierten, die aussteigen wollen, konkrete Hilfestellung und begleitet andere im Alltag. Seit einigen Jahren müht sich die Bewegung, die heute über 34 Delegationen im ganzen Land verfügt, das Thema „Kunden der Prostitution“ ins Licht der Öffentlichkeit zu bringen.

Überraschend für uns war, dass die Arbeit zum größten Teil von Ehrenamtlichen geleistet wird. Der Verein arbeitet mit 200 Aktivist:innen und 15 Angestellten in 36 Pariser Departments und wird staatlich gefördert. Jeweils zwei Ehrenamtliche suchen Prostituierte im Milieu auf und sprechen sie auf der Straße an – und dies absichtsvoll mit leeren Händen, um zu dokumentieren, dass nicht alle menschlichen Kontakte „Händel“ sind. Oftmals werden, wenn kein Kontakt mit der Prostituierten zu Stande kommt, die Besuche regelmäßig weitergeführt, verbunden mit Kontakt- und Ausstiegshilfeangeboten. Ziel der Ehrenamtlichen ist es, eine tragfähige Ansprechpartnerschaft zu gründen, die schließlich in den Ausstieg aus der Prostitution mündet. Sofern die Grenzen ehrenamtlicher Hilfen erreicht sind, vermitteln die Mitglieder von *Mouvement du Nid* professionelle Hilfen.

Mouvement du Nid leistet auch Präventionsarbeit, bspw. an Schulen und in Arbeiterinnenheimen. Über Risiken, über den Alltag der Prostitution und Folgen für betroffene Frauen wird aufgeklärt.

Die Position des Vereins hat Verstärkung erfahren, seit Ende der 90er Jahre in Frankreich durch Gesetzgebung und kommunale Behörden immer stärker werdende Restriktionen gegen die Prostitution zu verzeichnen sind. „Aktives Anwerben“ (z. B. direktes Ansprechen) zur Kontaktaufnahme ist auf öffentlichen Straßen und Plätzen sowohl für Prostituierte wie auch für Freier strafbar. Seit einer Gesetzesverschärfung von März 2003 („La loi Sarkozy“) können Prostituierte auch für „passives Anwerben“ (z. B. Anlächeln, Blickkontakt) mit zwei Monaten Gefängnis oder Geldstrafe bis 3.750 € bestraft werden. Freier wie Prostituierte werden im Zuge von Polizeikontrollen vermehrt wegen des Straftatbestandes „Sexueller Exhibitionismus“ angeklagt, zum Teil bis zu 15 Stunden inhaftiert und zu Geldstrafen verurteilt. Öffentlich diskutiert wird der Vorschlag, nach schwedischem Vorbild die Prostitution vollständig zu untersagen und ausschließlich die Freier zu bestrafen. Neben feministischen Gruppierungen wird diese Lösung vor allem sowohl von linksliberalen als auch von rechtskonservativen Kreisen vehement gefordert.

In unserer Diskussion mit den Fachkräften von *Mouvement du Nid* wurde Deutschland, was den Umgang mit Prostitution betrifft, als „Entwicklungsland“ charakterisiert. Besonders kritisch wurde das am 20. Dezember 2001 eingeführte Prostitutionsgesetz beurteilt, nach dem Prostituierte sich nun regulär in den gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherungen versichern können und der Entgeltanspruch der Prostituierten Kraft Gesetzes wirksam entsteht. Wir haben im Gespräch allerdings darauf verzichtet, hervorzuheben, dass durch die restriktive Haltung die Prostitution mehr in den anonymen Untergrund und ins Internet abwandert und dadurch das Gefahrenrisiko für die Frauen steigt.

Diese breit gefächerten Besuche gaben uns einen guten Einblick in die Struktur, den Aufbau und das Engagement der Menschen in den mädchen- und frauenbezogenen Angeboten in Paris. Und natürlich besuchte die deutsche Reisegruppe auch eines der 400 französischen Heime, was speziell Angebote für Mädchen ausrichtete. Es handelte sich um katholisches Heim für junge Arbeiterinnen.

Katholisches Heim für junge Arbeiterinnen *Foyer Marie José*

Das Heim *Foyer Marie José* wurde 1850 von Nonnen gegründet und betreute junge Frauen, die aus den ländlichen Vororten in die Stadt Paris kamen, um als Dienstmädchen „in Stellung zu gehen.“ Während Phasen der Arbeitslosigkeit erhielten die jungen Frauen Unterstützung. Das Heim vermittelte ebenso Stellen an Mädchen, die Arbeit suchten. Grundgedanke war der Schutz der jungen Frauen. 1954 übernahm die Trägerschaft ein Verein, der sich 1955 dem

Verband von Arbeiterinnenheimen anschloss. Der Gedanke, durch Bildung und Erziehung jungen Frauen und Mädchen wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ermöglichen, fand sehr viel später Eingang in die Konzeption. Verpflichtend für alle Mädchen ist die Arbeits- bzw. Ausbildungsaufnahme. Die meisten jungen Frauen arbeiten in typischen Frauenerwerbsefeldern in Paris: Gastronomie, Fremdenverkehr, Verkauf. Es werden auch Mädchen im Rahmen von Jugendhilfemaßnahmen aufgenommen; Bedingung ist, dass sie mit dem Heim einen spezifischen Vertrag schließen, der im Sinne eines Kontraktes festlegt, zu welchen Aktivitäten die junge Frau sich verpflichtet. Von der Konzeption ist das Heim Marie vergleichbar mit den Jugendwohngemeinschaften bzw. Jugendwohnheimen in Deutschland. Heute werden in Frankreich und Übersee 400 Heime betrieben.

Über die Grenzen der Metropole Paris hinaus haben wir Frankreich als ein Land kennengelernt, das aktuell hohe Kräfte aufbringen muss, um Wege aus der wirtschaftlichen Krise zu finden, das viel in ein ausgeprägtes Bildungs- und Erziehungssystem investiert und darüber vielen Frauen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, ein Land das aber offensichtlich wenig Aufmerksamkeit für die Bewältigung seiner kolonialen Vergangenheit aufbringt. In Paris zeigt sich wie unter einem Brennglas, dass die kämpferische Kraft zur Verteidigung der Grundrechte von Mädchen und Frauen – insbesondere bei Frauen mit Migrationshintergrund geht vielfach von selbstgegründeten Vereinen und Initiativen ausgeht.

Autorinnen

Christiane Kluge, Amt für soziale Dienste Bremen

C.Kluge@afsd.bremen.de

Burglinde Retza

bretza@web.de